

30. Dezember 2010, Neue Zürcher Zeitung

# Deutschland droht ein Krisenjahrzehnt

*Trotz wirtschaftlicher Stärke steuern Staat und Markt auf einen Kollaps zu*

**Deutschland wirkt stark. Der Autor weist aber auf die Gefahren hin, die aus der Zugehörigkeit zum Euro-Verbund drohen. Er warnt vor schwachem Wachstum, mehr Verteilungskämpfen und politischer Instabilität.**

*Klaus Schweinsberg*

Das Jahr 2010 wird für Deutschland als «annus mirabilis» in die Geschichtsbücher eingehen. Ein Wirtschaftswachstum von fast 4% gab es seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Der Wirtschaftsminister jubelt über einen «Aufschwung XXL», die Kanzlerin nimmt das Wort Vollbeschäftigung in den Mund und sieht die Rückkehr dorthin bis ins Jahr 2020 voraus, Bankökonom rufen «ein deutsches Jahrzehnt» aus. Selbst die den Deutschen in der Regel wenig gewogenen angelsächsischen Medien entdecken ein neues Wirtschaftswunder. Während die anderen grossen westlichen Staaten unter den Folgen der Wirtschaftskrise ächzen, scheint Deutschland wie ein Phönix aus der Asche aus dem stärksten Konjunkturreinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg aufzusteigen.

## Risikofaktor Euro-Verbund

Ist das wirklich der Fall? Viele Bürger im Land lässt ein mulmiges Gefühl nicht los. Politiker und Unternehmer äussern in vertraulichem Gespräch Zweifel daran, dass die Ursachen der Krise wirklich therapiert sind. Man kennt die Diagnose aus der Medizin. Der Patient leidet seit längerem an diversen Krankheiten. Jede ist für sich genommen nicht besorgniserregend. Doch dann überlagern sich die Gebrechen zu einem komplexen und nicht mehr steuerbaren Ganzen. Die Ärzte können ohnmächtig nur noch multiples Organversagen konstatieren. Deutschland ist ein Kandidat dafür – trotz der positiven Entwicklung des Jahres 2010. – «Die Währungsunion ist ein Experiment», hat Otmar Issing, langjähriger Chefökonom der Europäischen Zentralbank (EZB) und Architekt der Europäischen Währungsunion, von Beginn an gesagt. Momentan spricht – blickt man nach Irland, Griechenland, Portugal, Belgien und Spanien – manches dafür, dass das Experiment scheitert. Deutschland – mitgefangen, mitgegangen. Bei einem Zerfall der Währungsunion drohen den Deutschen gewaltige Vermögensverluste. Privatleute und Unternehmen haben über 3 Bio. € in den übrigen 15 Mitgliedsländern der Euro-Zone angelegt, denen eine Abwertung droht.

Ausserdem dürfte beim Untergang des Euro der europäische Binnenmarkt in Gefahr geraten und stattdessen Protektionismus Einzug halten. Das trübe die deutsche Wirtschaft tief ins Mark: Gut zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die EU. Aber selbst wenn es nicht so weit kommt, kündigen sich heftige Turbulenzen für die Einheitswährung infolge des Auseinanderdriftens der schwachen Länder an der Peripherie und des vergleichsweise starken Kerns der Währungsunion an: Deutschlands robuste Konjunktur könnte höhere Notenbankzinsen vertragen. Die Fusskranken von Griechenland bis Irland müssen hingegen ihre Haushalte künftig konsolidieren. Selbst halbwegs gesunde Länder wie Frankreich und die Niederlande müssen ihre Sparbemühungen forcieren.

Die EZB wird im Hinblick auf die verbreitete kontraktive Fiskalpolitik und Wirtschaftsschwäche vieler Mitgliedsländer der Euro-Zone fürs Erste davor zurückschrecken, die Zinsen anzuheben: Doch dann dürfte die Inflation mittelfristig kräftig anziehen und dürften neue Vermögenspreisblasen entstehen, zumindest in Deutschland und seinen Satellitenländern. Kein Wunder, dass angesichts der zunehmenden ökonomischen und politischen Spannungen in der Euro-Zone der Schweizerfranken als beliebte Fluchtwährung unter starkem Aufwertungsdruck steht.

Das ungewisse Schicksal des Euro ist in den nächsten Jahren für Deutschland nicht die einzige Gefahr: Kurzfristig am stärksten dürfte ins Gewicht fallen, dass die Wirtschaft ihr hohes Wachstumstempo nicht durchhalten können. Auf der Nachfrageseite sind kräftige Dämpfer zu erwarten. Die Konjunkturprogramme laufen weltweit aus, Sparen ist ab 2011 angesagt, das geht zulasten der Ausfuhr. Deutschlands wichtiger Exporthelfer, China, muss, um den Preisanstieg einzudämmen, seinen Aufschwung bremsen und dürfte damit als Lokomotive weitgehend ausfallen. Dass die deutschen Konsumenten die Lücke füllen und wie verrückt kaufen, ist wegen der stark alternden Bevölkerung und des ungebrochen

grossen Sicherheitsbedürfnisses nicht zu erwarten. Von der Angebotsseite her dürfte sich die Drehzahl verringern, weil laut überwiegender Expertenmeinung die IT-getriebene Innovationswelle abebbt. Auch kämpft die deutsche Wirtschaft mit wachsenden strukturellen Problemen: der Alterung, dem Fachkräftemangel sowie der Rohstoffpreisexplosion.

Fällt Wachstum als Problemlöser in den nächsten Jahren aus, dann eskalieren die Verteilungskonflikte. Der Staat muss sich einschränken, die grossen Parteien werden zulasten der Jüngeren sparen, denn sie fürchten den Zorn der Alten, weil diese am häufigsten zur Wahl gehen. Wegen eines stagnierenden oder sogar sinkenden Lebensstandards nicht nur des grösser werdenden Prekariats, sondern auch in Teilen der systemstabilisierenden Mittelschicht wird das parlamentarische System weiter rasant an Legitimation verlieren. Bei der letzten Bundestagswahl stimmten für Angela Merkel und ihre Union nur 23,3% der Wahlberechtigten.

Dagegen bringen Proteste gegen demokratische Beschlüsse der Parlamente so viele Bürger wie seit Jahrzehnten nicht mehr auf die Strasse: Die Demonstrationen gegen «Stuttgart 21» und die Castor-Transporte sind die prominentesten Beispiele. Die politische Unruhe dürfte weiter wachsen. So wird es nur eine Frage sein, bis auch in Deutschland Rechtspopulisten in die Parlamente einziehen. Gesinnungsgenossen wie der Österreicher Christian Strache und der Niederländer Geert Wilders bieten sich an, Schützenhilfe zu leisten. Eines Tages wird sich der passende Volkstribun aus der Masse der Unzufriedenen herauschälen.

### **Bedrohte politische Stabilität**

Die politische Stabilität in Deutschland ist bedroht, der Zusammenhalt des Landes gefährdet. Die Oberklasse und die Unterklasse verabschieden sich aus der bürgerlichen Mitte. Das Prekariat, weil es es sich nicht leisten kann, mitzumachen – finanziell wie intellektuell. Und die Plutokraten, weil sie es sich leisten können, sich von der Gesellschaft freizukaufen, etwa indem sie ihre Kinder vom privaten Kindergarten bis zur privaten Hochschule im Ausland vom Kontakt mit der «misera plebs» fernhalten. Dies alles muss nicht zu einem multiplen Organversagen führen. Als politischer Ökonom wird man aber prognostizieren, dass die Wahrscheinlichkeit gross ist.

Noch steht das Zeitfenster zum Gegensteuern offen. Deutschland könnte von der Schweiz lernen: Es ist überfällig, den Bürgern zumindest auf kommunaler Ebene direkte Volksrechte zu gewähren. Auch braucht es echten Föderalismus statt föderalistischer Folklore. So müssen die Kommunen und Länder die Steuerhoheit erhalten. Zudem sollte man sich am Schweizer Milizsystem ein Vorbild nehmen, das die Eliten in Politik, Wirtschaft und Militär, gerade in herausfordernden Zeiten, im Gespräch hält. Deutschland beschreitet mit der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht den falschen Weg. Die politische Verunsicherung wächst. Der Veränderungsdruck ist gross. In welche Richtung sich das System in Deutschland bewegt, ist offen. Aus den sechziger Jahren ging die Demokratie gestärkt hervor. In der Weimarer Zeit endete die Unzufriedenheit im Totalitarismus.

Klaus Schweinsberg lehrt an verschiedenen deutschen Hochschulen. Er ist Autor des Buches «Sind wir noch zu retten? Warum Staat, Markt und Gesellschaft auf einen Systemkollaps zusteuern».

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:**

[http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/deutschland\\_droht\\_ein\\_krisenjahrzehnt\\_1.8934992.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/deutschland_droht_ein_krisenjahrzehnt_1.8934992.html)